



Beschluss

des Landesausschusses
vom 22.03.2016

Einstellung von Lehrern für Willkommensklassen

Der Landesausschuss hat beschlossen:

Unter den etwa eine Million Flüchtlingen, die im Jahre 2015 nach Deutschland gekommen sind, befinden sich laut Schätzungen der Kultusministerkonferenz rund 325.000 Kinder und Jugendliche, die zumeist noch nicht die deutsche Sprache beherrschen und dem Prinzip der Schulpflicht unterliegen.

Die Hamburger CDU fordert deshalb übergangsweise bundesweit die Einstellung von 11.500 neuen Lehrern, zusätzlich zu den 8500 bereits neu eingestellten Lehrern, sowie zusätzlich entsprechend vielen Psychologen und Sozialarbeitern, die so schnell wie möglich- spätestens ab dem Schuljahr 2016/2017 - die jungen Flüchtlinge in den Willkommens- und Regelklassen unterrichten und begleiten sollen.

Um übergangsweise und kurzfristig (Hilfs-) Lehrer einzustellen, können beispielsweise folgende Maßnahmen erfolgen:

1. Die Einbindung pensionierter Lehrer auf freiwilliger Basis
2. Das Angebot einer pädagogischen Umschulung oder Fortbildung für entsprechend fachstudierte Personen
3. Unterrichtstätigkeit in Willkommensklassen durch Referendare
4. Angebot einer Hilfslehrertätigkeit für Lehramtsstudenten im Hauptstudium

Dies können die Länder finanziell allein nicht leisten, weshalb es einer entsprechenden zweckgebundenen finanziellen Unterstützung der Länder seitens des Bundes in den Bildungsausgaben bedarf, die von derzeit 8,77 auf 10 Milliarden Euro mit dem Zweck der Einstellung von Lehrern, Sozialarbeitern und Psychologen für Willkommensklassen erhöht werden sollten. Somit würde etwa die Hälfte der durch die Kultusministerkonferenz prognostizierten Kosten von 2,3 Milliarden Euro vom Bund übernommen. Die Kompetenz über das genaue Verfahren und die Umsetzung der Lehrereinstellung obliegt weiterhin den Ländern.

Weiterleitung: An die CDU-Bürgerschaftsfraktion und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion